

Zusammenfassung eines Interviews mit Ute Finckh-Krämer

Am 25. Januar 2025 in Salzburger Nachrichten veröffentlicht.



Ute Finckh-Krämer

Jetzt am Frieden arbeiten

Wie Friedensarbeit jetzt geschieht und für „danach“ vorbereitet werden muss.

So einfach, wie manche Parteien uns das jetzt im deutschen Bundestagswahlkampf vorgaukeln, ist es nicht“, betont Ute Finckh-Krämer. Die Sprecherin der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung setzt sich mit dem Frieden in der Ukraine genauso auseinander wie mit jenem im Gazastreifen, in der Sahelzone in Afrika oder in den asiatischen Konfliktzonen Myanmar, Philippinen oder Indonesien. „Frieden mit Putin, dann wird alles gut“ sei ebenso falsch wie die rein militärische Logik von Waffenlieferungen, damit die Ukraine den Krieg gewinnen könne – „was selbst Militärfachleute für unmöglich halten“.

Finckh-Krämer sieht für die Friedensarbeit jetzt und „danach“ vor allem eine Leitlinie: Gerechtigkeit. Zwischen denen, die aus der Ukraine fliehen mussten, und denen, die ihren Wohnsitz behalten haben, zwischen denen, die einberufen wurden, und denen, die von der Einberufung verschont geblieben sind – „was immer auch eine soziale Frage ist, nicht nur in Russland, sondern auch in der Ukraine. Die besser Verdienenden können sich eher beruflich oder manchmal auch mit Mitteln am Rande der Legalität vor der Einberufung bewahren.“ Nicht zuletzt gehe es um Gerechtigkeit zwischen denen, deren Häuser zerstört wurden, und denen, die noch ihr Dach über dem Kopf haben, sowie zwischen denen, die ihre berufliche Lebensgrundlage verloren haben, und denen, die durch den Krieg sogar gewonnen haben, weil sie in der Rüstungsindustrie tätig sind oder von Preissteigerungen und der Verknappung von Gütern profitieren. „Das alles muss gelöst werden, sonst gibt es sofort nach dem Krieg die nächsten internen Konflikte in der Ukraine selbst, die sich politisch dann wieder in eine unerfreuliche Richtung entwickeln könnten“, betont die Expertin.

Erste Ansprechpartnerinnen und -partner sind geflüchtete Menschen aus der Ukraine in Deutschland. „Es gibt jene, die sagen, wir können zurückgehen und wollen das. Es gibt jene, die nicht zurückkönnen, wie zum Beispiel eine Familie aus dem zerstörten und russisch besetzten Mariupol, und die sagen, bevor wir in eine andere Gegend der Ukraine gehen, wo wir fremd sind, versuchen wir, uns in Deutschland eine Existenz aufzubauen

und den Unsrigen daheim zu helfen“, erzählt Ute Finckh-Krämer. „Oft sind die Kinder und Enkel in Deutschland, die Großeltern sind in der Ukraine. Dort sind die Renten sehr niedrig, sodass jede Hilfe der geflüchteten Angehörigen willkommen ist. Das spiele für den Wiederaufbau und für die Reduzierung von Konflikten eine sehr große Rolle. Denn die Unterstützung von außen mildere soziale Ungerechtigkeiten, die ein großer Konflikttreiber seien.

Positive Erfahrungen gibt es mit Menschen, die unter der Diktatur in Chile nach Deutschland geflüchtet sind. „Nach Wiederherstellung der Demokratie in Chile ist aus Deutschland grob gesagt die Hälfte der Geflüchteten zurückgegangen und die Hälfte ist geblieben. Dass es jetzt in Chile viele Menschen gibt, die Verwandte in Deutschland haben, hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Chile sehr verbessert.“

In der Ukraine selbst halten derzeit Organisationen wie das Forum Ziviler Friedensdienst oder die kirchliche Hilfsorganisation Misereor ihre Kontakte aufrecht, die sie vor dem Krieg hatten. Manche hätten sich schon nach der Annexion der Krim durch Russland um die Zusammenarbeit, zwischen der West- und der Ostukraine bemüht. „Eine Friedensinitiative von Frauen hat sogar noch Verbindungen nach Russland. Allerdings muss hier auch viel unter dem Radar gehalten werden, weil solche Partnerorganisationen in Russland als ausländische Agenten verfolgt werden.“

Selbst in der Ukraine ist nicht jede Friedensarbeit erwünscht. Etwa die Zusammenarbeit mit ukrainischen Pazifisten, die sagen: „Das ist nicht unser Krieg.“